

# Über 57'000 Franken im Jahr – Eltern ächzen unter hohen Kita-Rechnungen

**Kinderbetreuung in der Schweiz** Diese Woche debattiert der Nationalrat darüber, ob der Bund langfristig einen Teil der Kosten tragen soll.

Wenn Maurice Lindgren Freunden oder Bekannten erzählt, wie viel er und seine Frau im Jahr für die Kinderbetreuung ausgeben, sind ungläubige Reaktionen fast garantiert. «Was? So viel?» Vier Tage pro Woche besuchen ihre beiden Buben die Kita. Im Jahr 2023 bezahlte das Paar für die Fremdbetreuung 57'238 Franken und 85 Rappen. «Die wenigsten Leute sind sich bewusst, dass Kinderbetreuung in der Schweiz so viel kostet», sagt Lindgren, der für die Grünliberalen im Berner Stadtparlament sitzt.

Er und seine Frau arbeiten beide hochprozentig. Weil sie über 160'000 Franken Haushaltseinkommen pro Jahr erzielen, erhalten sie auch keine Kita-Gutscheine mehr. Lindgren findet das nicht richtig. «Wer Kinder kriegt, unterstützt damit auch das Funktionieren der Gesellschaft.» Zum Beispiel würden alle später davon profitieren, wenn diese Kinder in die AHV einzahlen. «Die Kosten fürs Kinderkriegen aber werden privatisiert», so Lindgren. Er kann die Kosten auch nicht vollständig von den Steuern abziehen. «Gerade angesichts der niedrigen Geburtenrate in der Schweiz finde ich es völlig unverständlich, dass Eltern nicht stärker unterstützt werden.»

So geht es vielen jungen Paaren. 5828 Franken, 4573 Franken, 3236 Franken, 3684 Franken: Das sind nicht etwa die Mieten von hippen Stadtwohnungen in Zürich oder Bern, sondern monatliche Kita-Rechnungen, die berufstätige Eltern für die Betreuung ihrer Kinder bezahlen müssen. Gesammelt hat diese Beispiele der Frauendachverband Alliance F, der auf nationaler Ebene mehr Unterstützung für junge Eltern fordert.

Heute ist das Kinderkriegen für viele Eltern mit hohen finanziellen Einbussen verbunden. Nirgendwo in Europa geben Eltern mehr Geld für die familienergänzende Betreuung aus: Das



Externe Kinderbetreuung ist teuer. Einige Kantone investieren heute schon Millionen in Kitas, andere überlassen dies den Gemeinden. Foto: Anna-Tia Buss

zeigen Zahlen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Im Schnitt müssen berufstätige Eltern 29 Prozent ihres Einkommens für die Kita ausgeben. Zum Vergleich: In Deutschland ist es lediglich ein Prozent, in Österreich sind es zwei Prozent. Allerdings sind dort auch die Steuern höher.

## 20 Prozent Kostenbeteiligung

Heute debattiert der Nationalrat einmal mehr darüber, inwiefern junge Familien in Zukunft entlastet werden sollen. Konkret geht es um einen Gegenvorschlag zur Kita-Initiative, über die voraussichtlich im kommenden Jahr abgestimmt wird. Die Initiative will, dass der Bund künftig zwei Drittel der Betreuungskosten übernimmt. Das würde jährlich

zwischen 2 und 2,5 Milliarden Franken kosten.

Der Gegenvorschlag des Ständerats geht deutlich weniger weit. Er verlangt, dass Eltern pro Fremdbetreuungstag eine monatliche Zulage von 100 Franken erhalten. Wer zwei Kinder hat und diese drei Tage pro Woche in die Kita schickt, würde folglich 600 Franken im Monat erhalten, was rund 20 Prozent der Gesamtkosten abdeckt. Die Finanzierung und die genauen Kosten sind noch unklar.

Die vorberatende Kommission des Nationalrats hiess diese Pläne des Ständerats bereits gut. Zusätzlich zur Betreuungszulage will die Kommission noch 200 Millionen Franken für die Weiterentwicklung der familienergänzenden Kinderbetreuung in den Kantonen sprechen.

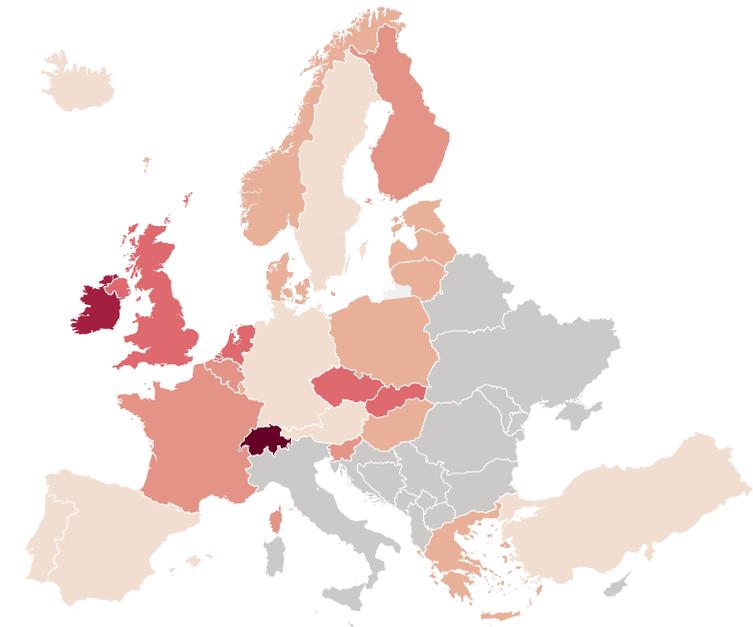
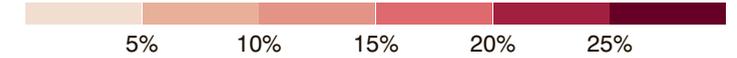
Angesichts der aktuellen Spardebatte im Parlament haben es die Ausbaupläne aber schwer. Im Rahmen des Entlastungspakets 27 hat der Bundesrat bereits signalisiert, dass er sich aus der Kita-Finanzierung am liebsten vollständig zurückziehen will. Eigentlich sei dies Sache der Kantone. Auch aus den Reihen von SVP und FDP ist heute mit Widerstand zu rechnen.

Für SVP-Nationalrätin Nadja Umbricht Pieren geht der Gegenvorschlag zur Kita-Initiative denn auch in die komplett falsche Richtung. «Der Bund sollte sich am besten aus der Kita-Finanzierung raushalten», sagt sie.

Umbricht Pieren betreibt selbst drei Kitas im Raum Bern. Sie sagt, dass die Massnahmen des Bundes ihrer Branche bisher mehr geschadet als genutzt

## In der Schweiz zahlt man für einen Kitaplatz am meisten

Anteil des Einkommens, das ein Paar mit zwei Kindern für einen Vollzeit-Kitaplatz ausgibt, in Prozent



Grafik: red / Quelle: OECD

hätten. «Die Subventionen führten zu einem massiven Überangebot und haben nun zur Folge, dass viele Kitas unter Druck stehen, weil sie ihre Plätze nicht mehr füllen können.»

## Das Fördersystem gleicht einem Flickenteppich

Umbricht Pieren stört auch, dass ein Modell der Kinderbetreuung anderen gegenüber bevorteilt werde. «Wer seine Kinder von einer Nanny oder den Grosseltern betreuen lässt, erhält auch keine Subventionen.» Ihre Erfahrungen würden zeigen, dass einkommensabhängige Betreuungsgutscheine – wie es sie etwa im Kanton Bern gibt – als Unterstützung bereits ausreichen. «Eine gute Kinderbetreuung sollte den Eltern auch etwas wert sein», sagt die SVP-Nationalrätin.

In einigen Landesteilen werden Eltern bereits heute finanziell breit unterstützt. Das aktuelle Fördersystem gleicht allerdings einem Flickenteppich. Während Kantone wie Genf (85,3 Millionen Franken), Waadt (77,1 Millionen Franken) und Basel-Stadt (53 Millionen Franken) viel Geld in die Kinderbetreuung stecken, machen Kantone wie der Aargau, Solothurn oder Zürich gar nichts respektive überlassen es den einzelnen Gemeinden.

Weil neben SP und Grünen auch die Mitte und Teile der FDP, insbesondere die Frauen, in den Kommissionen für mehr Kita-Gelder gestimmt haben, dürfte der Nationalrat die Vorlage heute gutheissen. Grösser dürfte die Hürde im Ständerat sein.

**Quentin Schlapbach**